

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 24. Februar 1967

Nummer 8

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Februar 1967

Die internationale Situation

Expansive Kräfte charakterisieren weiterhin die Wirtschaft vieler Industrieländer der westlichen Welt. Jedoch ist das Wachstumstempo überwiegend verhalten, und die meisten Länder verfügen über ungenutzte Kapazitäten. In dem Bestreben, Wachstum und Preisstabilität zu sichern, bedienen sich die Regierungen neben dem Einsatz geld- und kreditpolitischer Mittel zunehmend der fiskalpolitischen Steuerung. Die stärkere Angleichung der konjunkturellen Entwicklung erleichtert ihnen diese Aufgabe, obwohl das unterschiedliche Ausmaß der binnenwirtschaftlich für notwendig erachteten Lockerung der Geld- und Kreditpolitik unerwünschte Kapitalbewegungen nicht ausschließt. Stärker als in der Vergangenheit werden die Bemühungen spürbar, bei Stärkung des Angebotspotentials neuerliche Nachfrageübersteigerungen zu unterbinden. Somit kommen wichtige Industrieländer in ihrer Wirtschaftspolitik den Vorstellungen der Bundesrepublik von einer „kontrollierten Expansion“ entgegen. Auf diese Weise dürfte die im Interesse aller Länder liegende Koordinierung der Konjunktur- und Wachstumspolitik erleichtert werden.

In den *Vereinigten Staaten von Amerika* sind Sicherung der Wachstumskräfte und Eindämmung der Preisauftriebstendenzen das zentrale Problem. Die jüngst bekanntgewordenen Investitionsplanungen der privaten Wirtschaft lassen hoffen, daß die Zurückhaltung der Unternehmer überwunden ist, die sie noch im November 1966 bei den Investitionsbefragungen zeigten. Auch für die zweite Hälfte dieses Jahres planen sie nunmehr eine Steigerung ihrer Aufwendungen für den Ausbau bzw. die Rationalisierung des Produktionsapparates. Vermehrte Investitionen sind vor allem im Bereich der Investitionsgüterindustrien vorgesehen, die sich noch immer voller Auslastung ihrer Kapazitäten erfreuen. Im Durchschnitt der verarbeitenden Industrie ist der Auslastungsgrad allerdings von mehr als 90 vH

Mitte vorigen Jahres auf etwa 88 vH Ende 1966 zurückgegangen. Die Investitionsplanungen sind nach oben revidiert worden, obwohl die Steuergutschriften bis Ende dieses Jahres ausgesetzt worden sind.

Die zunächst noch kräftige Zunahme der öffentlichen Ausgaben wird einen entscheidenden Beitrag zur Steigerung der Gesamtnachfrage in den kommenden Monaten leisten. Von der Jahresmitte an wird dank der vorgesehenen Erhöhung der Sozial-einkommen mit einer stärkeren Zunahme des privaten Verbrauchs zu rechnen sein. Es ist fraglich, ob die Regierung mit ihren Vorschlägen zur Erhöhung der Einkommensteuersätze bei dem Kongreß Anklang finden wird. Eine Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge ist für den 1. Januar 1968 in Aussicht genommen worden. Die Erleichterung in der Wohnungsbaufinanzierung hat ihren Niederschlag in der Zahl der Baugenehmigungen gefunden; sie liegt zwar noch weit unter ihrem im Dezember 1965 erreichten Höchststand, hat aber wieder aufwärtsgerichtete Tendenz, so daß auch von diesem wichtigen Sektor künftig expansive Anregungen ausgehen werden.

Sorgen bereitet gegenwärtig die mutmaßliche Lohn- und Preisentwicklung. Nachdem die Zunahme der Effektivlöhne im Laufe des letzten Jahres kaum mehr als einen Ausgleich für den Anstieg der Lebenshaltungskosten gebracht hat, kündigten die Gewerkschaften nun für die im Frühjahr bevorstehenden Lohnverhandlungen Forderungen an, die sich nicht nur am Produktivitätsfortschritt, sondern auch am Preisanstieg orientieren. Auch wenn sich diese Forderungen nicht in vollem Ausmaß durchsetzen lassen, müssen die Unternehmer mit Kostensteigerungen rechnen. Die Chancen, diese in höheren Preisen fortzuwälzen, sind im Zuge der Anpassung der Nachfrage an die Angebotsentwicklung geringer geworden. Darüber hinaus scheint die Regierung einen stärkeren moralischen Druck auf die Unternehmer ausüben zu wollen.

Um Abflüsse kurzfristigen Kapitals aus den Vereinigten Staaten zu erschweren, setzt sich die amerikanische Regierung nicht nur für eine bessere internationale Abstimmung der Zinspolitik ein, sondern bemüht sich gleichzeitig um Verlängerung und Heraufsetzung der seit 1963 geltenden Zinsausgleichsteuer. Mit der Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion dürfte sich auch der Importsog verringern, so daß die Leistungsbilanz wieder steigende Überschüsse bringen wird. Allerdings werden Zuwachsraten bei den Warenexporten wie im vergangenen Jahr (+ 10 vH) nicht ohne nachhaltige Anstrengungen verwirklicht werden können, da sich die Expansion in zahlreichen Industrieländern abgeschwächt hat und sich etwaige Wiederbelebungen wohl kaum vor Herbst dieses Jahres in zusätzlichen Importen ausdrücken werden.

Die neuesten Angaben über die Entwicklung des Sozialprodukts in *Großbritannien* lassen vermuten, daß gegen Ende 1966 die Produktion real wieder etwas zugenommen hat; dabei waren immer noch beachtliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Die Belebung scheint vor allem dadurch ausgelöst worden zu sein, daß die öffentliche Hand nicht die zunächst beabsichtigte Zurückhaltung in ihrer Investitionstätigkeit gezeigt hat. Erfreulich ist es, daß neben den öffentlichen Investitionen auch die Exporte zugenommen haben, während der private Verbrauch unter dem Einfluß des Lohnstopps und weiter steigender Preise zurückgedrängt wurde. Unveränderte Stundenlöhne bei besserer Ausnutzung der Kapazitäten haben der britischen Industrie zu einer Stückkostensenkung verholfen, die allerdings wohl noch nicht die Verschlechterung der Kosten-Erlössituation in der ersten Jahreshälfte wettgemacht haben dürfte.

Die Regierung ist entschlossen, den ursprünglich bis Mitte des Jahres befristeten Lohn- und Preisstopp um ein Jahr zu verlängern. Sie bemüht sich dabei um die Zustimmung der Sozialpartner, hat aber zu verstehen gegeben, daß sie nicht davor zurückschrecken würde, erneut Zwang anzuwenden. Sie ist allerdings bereit, Ausnahmen zu konzedieren, wenn die Sozialpartner überzeugende Gründe dafür anführen können. Annähernde Konstanz der Löhne würde den Unternehmen die Möglichkeit einräumen, ohne zusätzliche Einengung der Gewinnspanne vor allem ausländischen Abnehmern Preiskonzessionen zu machen. Sind die Exportpreise schon seit Mitte 1966 stabil, so könnte in den kommenden Monaten sogar mit Preisnachlässen gerechnet werden.

Problematisch könnten die vorsichtigen Anregungen, die die britische Regierung der Wirtschaft zur Zeit vermittelt, allerdings werden, wenn sie die Importe wieder beschleunigt wachsen lassen würden. Noch immer ist die Zahlungsbilanz prekär, noch wurde der Ausgleich der Leistungsbilanz nicht erreicht. Überschüsse aber wären erforderlich, um einen bescheidenen langfristigen Kapitalexport zu finanzieren und Reserven anzureichern, die zur Rückzahlung der Überbrückungskredite im Laufe der kommenden Jahre benötigt werden. Daß Zinssenkung stärkere Abflüsse kurzfristiger Mittel bringen könnte, ist nicht zu befürchten, da die Pfundguthaben, die vom Ausland gehalten werden, kaum über den zur Abwicklung der laufenden Geschäfte notwendigen Betrag hinausgehen dürften.

In *Frankreich* hat der konjunkturelle Aufschwung offensichtlich an Kraft verloren. Der private Konsum expandiert weiterhin in mäßigem Tempo; die Exporte nehmen nur noch sehr langsam zu. Ob sich die optimistische Schätzung für das Sozialproduktwachstum im Jahre 1967 aufrechterhalten läßt, hängt somit vor allem vom Staatshaushalt und den Investitionen ab. Die Staatsausgaben expandieren mit hohen Zuwachsraten und werden weiterhin rasch zunehmen. Über die zukünftige Entwicklung der Investitionen lassen sich zur Zeit noch keine sicheren Aussagen treffen. Zwar scheinen sich die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen in der jüngsten Vergangenheit insoweit verbessert zu haben, als bei weiterhin aufgelockerten Arbeitsmarktbedingungen und geringfügig beschleunigtem Preisauftrieb die Lohnkostensteigerung hinter der Erlösentwicklung zurückgeblieben sein dürfte. Jedoch ist die bis Jahresbeginn 1967 geltende fiskalische Begünstigung gewisser Investitionsgüterkäufe nicht verlängert worden. Bei der augenblicklichen Produktions- und Absatzentwicklung ist der Anreiz zur Ausdehnung der Kapazitäten nicht sehr groß. Auch sind die Voraussetzungen für die Fremdfinanzierung der Investitionen trotz der kapitalmarktfördernden Maßnahmen der Regierung kaum günstiger geworden. Die Bankliquidität hat sich eher noch verknappt. Das Zinsgefälle, das trotz der Zinssteigerungstendenzen auf dem Geldmarkt weiter zwischen dem französischen und den meisten ausländischen Geldmärkten besteht, verhindert, daß die steigenden Leistungsbilanzdefizite durch Kapitalzuflüsse kompensiert werden. So halten die Devisenabflüsse an.

Die wirtschaftliche Entwicklung in *Italien* steht weiterhin im Zeichen einer kräftigen Zunahme der Gesamtnachfrage. Die Auftragseingänge aus dem Inland nehmen zu und schlagen sich in einer anhaltend hohen Steigerung der industriellen Produktion nieder. Besonders begünstigt sind zur Zeit die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien. Auch die Bautätigkeit dürfte ihren Tiefstand nunmehr überwunden haben. Ein Gegengewicht bildet allerdings der Warenexport, dessen Zunahme sich im Laufe des vergangenen Jahres deutlich abgeschwächt hat, während die Importe weiter kräftig steigen. Vollzog sich der italienische Aufschwung zunächst bei weitgehender Lohn- und Preisruhe, da mit dem Abbau der Kapazitätsreserven große Produktivitätsfortschritte möglich wurden, so setzten sich in jüngster Zeit im Groß- und Einzelhandel wieder Preissteigerungen durch. Obwohl die katastrophengebundene Verteuerung der Agrarerzeugnisse bei dieser Entwicklung eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte, deuten die Preisprognosen der Unternehmer sowie die nach einer Unterbrechung im Herbst vorigen Jahres nunmehr erneut in Bewegung geratene gleitende Lohnskala auf das allmähliche Ende der spannungsfreien Phase des kräftigen Wirtschaftswachstums hin.

Die Lage in Westdeutschland

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig konjunkturell nur schwer zu beurteilen; doch hat sich die Zunahme bis Mitte Februar kaum abgeschwächt. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Zahl der Arbeitslosen insgesamt 673 000; das sind rund 400 000 Arbeitslose bzw. fast 2 vH aller Beschäftig-

ten mehr als vor einem Jahr. Wegen der außerordentlich günstigen Witterungsbedingungen dürfte die Mehrzahl der Entlassungen weniger in der Bauwirtschaft stattgefunden haben als vielmehr in der Industrie. Es ist zu befürchten, daß diese Abnahme der Beschäftigten, die in der Industrie bereits im Dezember 3,4 vH (Vorjahresvergleich) betragen hatte — das ist der seit Jahren tiefste Stand —, weiter stärker geworden ist. Die Zahl der Arbeiter sank hier besonders steil ab (— 5 vH); die je Arbeiter geleisteten Stunden waren im Dezember um fast 4 vH niedriger als vor Jahresfrist. In allen Wirtschaftsbereichen erhöhte sich auch die Zahl der Kurzarbeiter beachtlich; sie stieg von Mitte Dezember bis Mitte Januar sprunghaft um 150 000 auf 240 000 Personen, das ist der höchste Stand der Nachkriegszeit.

Diese Zahlen machen — zumindest im industriellen Bereich — die Intensität des von der Auftragslage erzwungenen Anpassungsprozesses deutlich. Die Indexziffer des Auftragseingangs blieb im letzten Vierteljahr des vergangenen Jahres um rund 5 vH hinter dem vergleichbaren Vorjahresstand und um rund 4 vH gegenüber dem vorangegangenen Quartal zurück¹⁾. Die Aufträge aus dem Inland sanken sogar auf 90 vH des Vorjahresstandes (94 vH des Vorquartals). Der in den letzten Monaten des Jahres 1966 eingetretene Rückgang der industriellen Produktion (um 1,7 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal; 1,9 vH gegenüber dem Vorquartal²⁾) wird sich im ersten Quartal dieses Jahres mit Sicherheit verstärkt fortsetzen und möglicherweise ein Ausmaß von — 5 vH annehmen.

Wie groß die Zwangslage ist, in die die Industrie mehr und mehr gerät, geht aus einem Vergleich ihrer Lohn- und Gehaltskosten mit dem Umsatz hervor. Betrug die Spanne zwischen den Veränderungsraten der Lohn- und Gehaltssumme und des Umsatzes zu Beginn des Jahres 1966 nur einen Punkt, so stieg diese Differenz im letzten Vierteljahr 1966 auf 3,8 Punkte: Im vierten Quartal war die Bruttolohn- und -gehaltssumme um 2,6 vH höher, der Umsatz dagegen um 1,2 vH niedriger als vor Jahresfrist; im Dezember betragen die entsprechenden Ziffern + 2,0 vH und — 3,2 vH. Selbstverständlich bietet sich als Lösung dieses Problems allein die Erhöhung der Produktion, nicht etwa eine Senkung der Löhne und Gehälter an.

Die Bauwirtschaft verringert zur Zeit — durch die ungewöhnlich günstige Witterung gezwungen — ihr allerdings nicht sehr beträchtliches Auftragspolster. Sie hat damit den Niedergang der Konjunktur verlangsamt. Der gegenwärtige Abbau der Auftragsreserven könnte allerdings später um so negativer auf die gesamte Konjunktur zurückwirken, falls neue Aufträge aus den Mitteln des Eventualhaushaltes ausbleiben oder in zu geringem Umfang fließen sollten.

Eine gewisse Stützung erfahren die Umsätze in Industrie und Handel noch immer durch den privaten Verbrauch. Nachdem der Handel im großen und ganzen seine Läger an die konjunkturell rückläufigen Umsätze angepaßt hat, werden jetzt von ihm wieder Aufträge im Umfang des laufenden Absatzes an die Industrie erteilt. Die negativen Wirkungen, die Ende vorigen Jahres von der Verringerung der Handelsläger auf die Verbrauchsgüterindustrie ausgingen, entfallen demnach zur Zeit weitgehend.

Von den Einkommensarten, aus denen das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte besteht, expandieren die Einkommen der Renten- und sonstigen Sozialeinkommensempfänger bei weitem am stärksten; sie werden im Jahresdurchschnitt das Vorjahresniveau um gut 9 vH übertreffen. Der Anstieg der Lohn- und Gehaltstarife wird — unter dem Druck der Arbeitsmarktsituation und ihrer Spiegelung im öffentlichen Bewußtsein — nur 3 bis 4 vH betragen. Die zur Zeit im annähernd gleichen Ausmaß rückläufige individuelle Arbeitszeit kompensiert diesen Kaufkraftzuwachs vollständig. Von den Entnahmen der Selbständigen sind unter den gegenwärtigen Umständen keinerlei konjunkturelle Anregungen zu erwarten. Insgesamt läßt sich das augenblickliche Verbrauchsniveau — konjunkturell gesehen — also gerade halten.

Neben den die Nachfrage stützenden Wirkungen, die vom öffentlichen Verbrauch und von den Transfereinkommen noch ausgehen, steht als dritter und bedeutendster Expansionsträger die Ausfuhr. Die Exporte werden im Durchschnitt dieses Jahres voraussichtlich gegenüber dem Vorjahr um rund 9 vH wachsen.

Die Einfuhren spiegeln die abgeschwächte Inlandkonjunktur bereits seit Monaten deutlich wider; schon im dritten und vierten Quartal vergangenen Jahres hatten die Importe den jeweiligen Stand des Vorjahres (— 2,3 bzw. — 1,8 vH) unterschritten. Diese Entwicklung wird anhalten, entsprechend wird der bereits 1966 beträchtliche Außenhandelssaldo 1967 mit Sicherheit weiter ansteigen.

Da anzunehmen ist, daß die international eingeleiteten Bemühungen um eine allgemeine Zinssenkung fortgesetzt werden, dürfte nicht mit Kapitalabflüssen größeren Umfangs ins Ausland zu rechnen sein: Die Zahlungsbilanz wird also zur Auflockerung der monetären Situation im Inneren weiterhin beitragen. Der Spielraum für eine Politik der Zinssenkung hat sich jedenfalls erweitert und die Bundesbank hat durch die jüngsten diskontpolitischen Maßnahmen zu erkennen gegeben, daß sie sich dem internationalen Trend zu Zinssenkungen anzuschließen bereit ist. Die Freigabe von Mindestreserven wird vor allem dem Kapitalmarkt zugute kommen: Das Angebot von Finanzierungsmitteln wird beträchtlich steigen, wenn mit weiter sinkendem Zins gerechnet werden kann.

Der Kontrast zwischen der allgemein freundlicher gewordenen Einschätzung der konjunkturellen Situation durch die öffentliche Meinung auf der einen Seite und der ausgeprägten Verschlechterung der realen Entwicklung auf der anderen Seite darf selbstverständlich nicht von Dauer sein. Der Wechsel, den die Wirtschaft auf die Regierung und deren erhoffte Aktivität gezogen hat, muß rasch eingelöst werden, soll sich das konjunkturelle Dilemma nicht aufgrund unerfüllter Hoffnungen und vergeblich aufgewendeter Kosten zu einer ernsten und langwierigen Depression auswachsen.

Die Bundesregierung versucht die ihr gegebene Chance zu realisieren, die Konjunktur in die von ihr gewünschten Bahnen zu lenken. Zwar ist durch-

¹⁾ Gesamte Industrie ohne Bau-, Energie-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie, von Kalenderunregelmäßigkeiten und Saisonschwankungen bereinigt.

²⁾ Gesamte Industrie ohne Bau und Energie, von Kalenderunregelmäßigkeiten und Saisonschwankungen bereinigt.

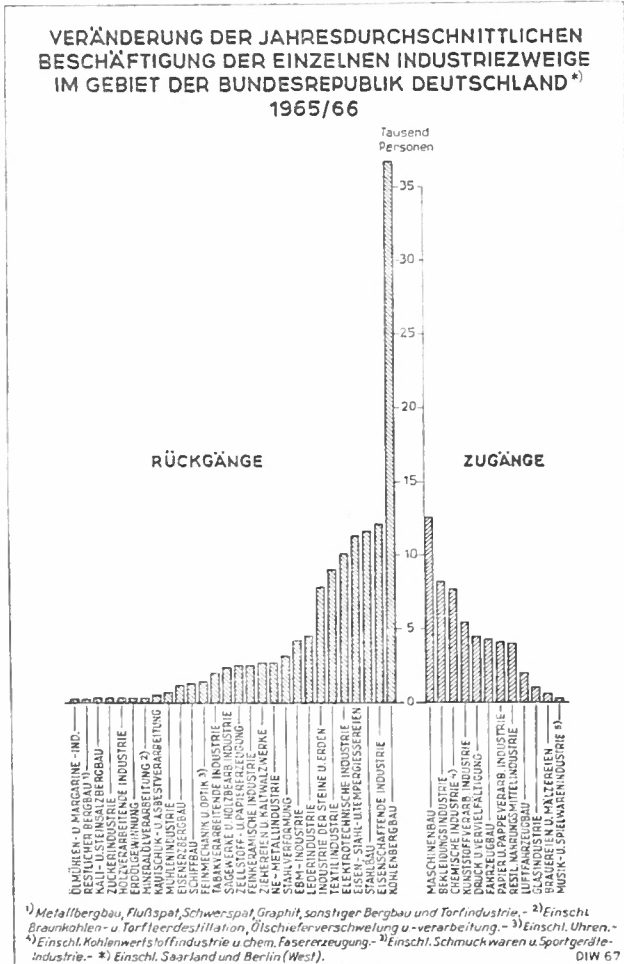
aus ungewiß, ob die im Eventualhaushalt vorgesehenen Mittel zur Initialzündung ausreichen werden, doch wird der Effekt dieser Mittel erheblich verstärkt werden, wenn man sie — wie geplant — innerhalb eines möglichst kurzen Zeitraums ausgeben kann: Noch im zweiten Quartal dieses Jahres müßten sich die mit den Mitteln des Eventualhaus-

haltes finanzierten Aufträge in der Produktion niederzuschlagen beginnen. Nur ein derart konzentrierter Einsatz dieser nicht sehr umfangreichen Mittel wird jene Kraft besitzen, die inzwischen notwendig ist, um die gesamte Wirtschaft aus der augenblicklichen Abstiegsphase heraus zu neuem Wachstum zu führen.

Zur Beschäftigtenentwicklung in der Industrie der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1966

Die erhebliche Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums im Jahre 1966 hat sich deutlich auf den Beschäftigtenstand der Industrie in der Bundesrepublik Deutschland ausgewirkt. Nachdem die Auslastung der Anlagen¹⁾ bereits im Jahre 1965 nachzulassen begann, folgte im vergangenen Jahr — vor allem in der zweiten Jahreshälfte — eine rigorose Anpassung der Zahl der Beschäftigten an das in vielen Industriezweigen unter das Vorjahr gesunkene Produktionsniveau.

Im dritten Vierteljahr 1966 setzte sich eine besonders starke Tendenz zur Freigabe von Arbeitskräften in der Industrie durch, die dazu führte, daß im vierten Quartal der Beschäftigtenstand bereits um knapp 3 vH hinter dem entsprechenden Vorjahresstand zurückblieb. Im Jahresdurchschnitt beschäf-



tigte die Industrie allerdings nur etwa 1 vH, d. h. 78 000 Arbeitskräfte weniger als 1965, da das erste Vierteljahr im ganzen noch einen kleinen Zuwachs gebracht hatte und die Zahl der Beschäftigten im zweiten Vierteljahr erst sehr wenig unter das entsprechende Vorjahresniveau gesunken war.

Offenbar war die Industrie noch bis in den Sommer hinein bestrebt, ihre Arbeitskräfte in der Hoffnung auf eine baldige Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität zu halten. Mit dem Schwinden dieser Hoffnung im Herbst 1966 gaben die Unternehmer diese Bemühungen auf. Die Produktion mußte immer stärker gedrosselt werden, der Kostendruck nahm zu. In einigen Zweigen wurden überhaupt keine Produktivitätsfortschritte mehr erzielt.

Die schlechte Absatzlage — also vorwiegend konjunkturelle Gründe — führte dazu, daß 28 von 40 Industriezweigen im Durchschnitt des vergangenen Jahres per Saldo 132 000 Arbeitskräfte weniger beschäftigten als 1965. Im Jahre 1965 hatten dagegen nur 14 Industrien ihren Beschäftigtenstand verringert. Nur noch 12 Branchen erhöhten im vergangenen Jahr die Zahl ihrer Arbeitskräfte um insgesamt 54 400 Personen.

Die rasche Umkehrung der bei einer Anzahl von Industriezweigen bis in das Jahr 1966 reichenden

1) Siehe Wochenbericht des DIW Nr. 5/1967

Veränderung der jahresdurchschnittlichen industriellen Beschäftigung in der Bundesrepublik¹⁾ von 1958 bis 1966

R - Rangziffer; A - Anzahl in 1000 Personen

	1966 ²⁾ gegenüber 1958		1960 gegenüber 1959		1961 gegenüber 1960		1962 gegenüber 1961		1963 gegenüber 1962		1964 gegenüber 1963		1965 gegenüber 1964		1966 ²⁾ gegenüber 1965	
	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R	A
Elektrotechnische Industrie	1	+237,2	1	+ 78,5	1	+ 62,1	4	+ 13,9	19	- 1,0	2	+ 15,5	1	+ 40,4	36	- 10,1
Maschinenbau	2	+206,1	2	+ 68,6	2	+ 60,3	2	+ 24,6	38	-12,6	14	+ 1,2	2	+ 38,4	1	+ 12,6
Fahrzeugbau	3	+188,7	3	+ 41,8	4	+ 15,6	1	+ 24,8	1	+ 17,3	1	+ 34,6	3	+ 24,6	6	+ 4,3
Chemische Industrie	4	+110,7	4	+ 25,7	3	+ 27,1	10	+ 5,2	2	+ 5,9	4	+ 9,4	4	+ 17,3	3	+ 7,7
Bekleidungsindustrie	5	+ 65,0	7	+ 16,3	5	+ 14,5	3	+ 14,2	5	+ 4,0	24	- 0,3	5	+ 10,4	2	+ 8,2
Kunststoffverarbeitende Industrie	6	+ 63,7	10	+ 10,2	9	+ 8,1	7	+ 6,6	9	+ 2,0	3	+ 10,1	6	+ 9,7	4	+ 5,4
Restl. Nahr.- u. Genußmittel-Industrie	7	+ 40,8	11	+ 9,5	7	+ 10,6	5	+ 11,2	3	+ 5,5	38	- 5,0	19	+ 1,4	8	+ 4,0
EBM-Industrie	8	+ 35,1	8	+ 15,6	10	+ 7,6	26	- 1,9	4	+ 4,6	28	- 1,1	7	+ 8,1	32	- 4,2
Druckerei- u. Vervielf.-Industrie	9	+ 33,5	31	- 0,3	8	+ 9,5	8	+ 5,7	7	+ 3,2	10	+ 2,2	11	+ 4,2	5	+ 4,4
Papier u. Pappe verarb. Industrie	10	+ 31,2	9	+ 12,6	23	+ 1,6	11	+ 4,1	11	+ 1,9	13	+ 1,2	12	+ 4,3	7	+ 4,1
Kautsch. u. Asbest verarb. Industrie	11	+ 26,8	14	+ 8,8	24	+ 0,9	13	+ 1,1	6	+ 3,5	6	+ 3,6	13	+ 4,2	20	- 0,5
Luftfahrzeugbau	12	+ 21,8	21	+ 2,9	15	+ 5,6	9	+ 5,4	10	+ 1,9	18	+ 0,5	25	+ 0,5	9	+ 2,0
Brauereien und Mälzereien	13	+ 19,1	18	+ 3,5	19	+ 3,4	12	+ 3,7	8	+ 2,6	9	+ 2,2	20	+ 1,1	11	+ 0,6
NE-Metallindustrie	14	+ 14,9	15	+ 7,1	18	+ 3,6	35	- 3,7	26	- 2,5	11	+ 1,9	9	+ 6,2	30	- 2,7
Stahlverformung	15	+ 13,5	12	- 9,5	11	+ 6,3	27	- 2,1	33	- 4,5	7	+ 3,5	10	+ 4,8	31	- 3,2
Eisenschaffende Industrie	16	+ 12,5	5	+ 20,9	6	+ 10,6	31	- 3,4	37	- 10,0	25	- 0,4	8	+ 6,4	39	- 12,1
Industrie der Steine und Erden	17	+ 9,5	22	+ 2,6	17	+ 4,2	14	+ 0,8	32	- 4,3	5	+ 6,5	26	+ 0,4	34	- 7,8
Glasindustrie	18	+ 7,5	20	+ 2,9	20	+ 2,3	22	- 0,8	22	- 1,4	29	- 1,2	17	+ 1,6	10	+ 1,0
Feinmech. u. optische Industrie	19	+ 7,5	16	+ 7,1	16	+ 4,9	37	- 4,7	23	- 1,7	8	+ 2,8	24	+ 0,7	24	- 1,4
Mineralölverarbeitung	20	+ 5,2	25	+ 0,7	26	+ 0,6	17	- 0,1	16	- 0,6	12	+ 1,9	23	+ 0,7	19	- 0,3
Stahlbau	21	+ 3,0	19	+ 3,0	12	+ 6,2	6	+ 6,9	27	- 2,9	21	- 0,0	14	+ 4,0	38	- 11,6
Ölmühlen- u. Margarine-Industrie	22	+ 0,7	29	+ 0,0	30	+ 0,0	16	+ 0,1	12	- 0,0	17	+ 0,4	28	- 0,2	13	- 0,2
Musikinstr.- u. Spielwaren-Industrie	23	+ 0,4	30	- 0,2	29	+ 0,1	15	+ 0,5	13	- 0,0	19	+ 0,3	18	+ 1,4	12	+ 0,3
Ziehereien u. Kaltwalzwerke	24	- 2,2	17	+ 4,5	21	+ 2,1	38	- 5,2	25	- 2,0	16	+ 0,5	16	+ 1,7	29	- 2,7
Mühlenindustrie	25	- 2,8	36	- 0,9	31	- 0,1	18	- 0,1	15	- 0,2	22	- 0,3	31	- 0,5	21	- 0,7
Zuckerindustrie	26	- 2,9	28	+ 0,1	32	- 0,2	21	- 0,7	14	- 0,1	23	- 0,3	33	- 0,8	16	- 0,3
Kali- u. Steinsalzbergbau	27	- 3,9	32	- 0,4	27	+ 0,5	19	- 0,3	21	- 1,3	27	- 1,0	29	- 0,4	15	- 0,3
Erdölgewinnung	28	- 4,1	34	- 0,6	33	- 0,5	20	- 0,6	18	- 0,6	30	- 1,2	32	- 0,7	18	- 0,3
Restlicher Bergbau	29	- 6,6	35	- 0,7	34	- 0,9	23	- 1,0	17	- 0,6	26	- 0,5	34	- 0,8	14	- 0,2
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien	30	- 7,2	13	+ 9,1	14	+ 5,7	28	- 2,8	35	- 6,6	15	+ 0,9	21	+ 1,0	37	- 11,3
Sägewerke u. holzbearb. Industrie	31	- 7,2	24	+ 1,5	13	+ 5,7	32	- 3,4	28	- 3,7	32	- 2,1	35	- 1,1	26	- 2,4
Zellstoff- u. Papiererzeugung	32	- 7,7	33	- 0,5	22	+ 2,0	24	- 1,0	20	- 1,0	36	- 2,8	37	- 1,9	27	- 2,5
Holzverarbeitende Industrie	33	- 10,4	26	+ 0,6	28	+ 0,2	25	- 1,3	30	- 3,9	34	- 2,7	15	+ 3,1	17	- 0,3
Feinkeramische Industrie	34	- 11,0	27	+ 0,2	25	+ 0,6	34	- 3,5	34	- 4,8	20	+ 0,2	22	+ 0,8	28	- 2,5
Eisenerzbergbau	35	- 16,9	37	- 1,5	35	- 1,0	33	- 3,4	31	- 3,9	31	- 2,0	36	- 1,7	22	- 1,2
Leder-Industrie	36	- 20,8	23	+ 1,5	36	- 1,4	30	- 3,4	24	- 1,9	33	- 2,3	30	- 0,5	33	- 4,5
Tabakverarbeitende Industrie	37	- 29,0	39	- 4,3	38	- 5,5	36	- 4,6	29	- 3,8	37	- 3,3	38	- 2,2	25	- 2,0
Schiffbau	38	- 31,4	38	- 3,6	37	- 2,1	29	- 3,3	36	- 9,0	35	- 2,7	27	- 0,1	23	- 1,3
Textilindustrie	39	- 87,3	6	+ 18,8	39	- 7,4	39	- 22,5	33	- 16,9	40	- 16,9	39	- 8,7	35	- 9,0
Kohlenbergbau	40	-254,1	40	-55,0	40	-28,6	40	-31,0	40	-25,7	39	-16,0	40	-18,9	40	-36,7
Zugänge		+1154,4		+384,0		+282,4		+128,8		+ 52,4		+ 99,2		+197,9		+ 54,4
Rückgänge		-505,5		- 68,0		- 47,8		-105,0		-127,5		- 62,2		- 38,6		-132,2
Netto-Zugang		+648,9		+316,0		+234,6		+ 23,8		- 75,1		+ 37,0		+159,3		- 77,8
Rückgänge in vH der Zugänge, brutto		44		18		17		82		243		63		20		243

1) Einschließlich Saarland und Berlin (West). - 2) Vorläufige Berechnung.

Tendenz zur Beschäftigtenexpansion kommt deutlich im unteren Schaubild zum Ausdruck²⁾. Nur noch wenige Zweige registrierten — wenigstens im Jahresdurchschnitt geringfügige Zugänge. Zu diesen wenigen gehören im wesentlichen die seit Jahren am stärksten expandierenden Zweige der Industrie, wie der Maschinenbau, der Fahrzeugbau, die chemische Industrie, die kunststoffverarbeitende Industrie und nicht zuletzt auch die Bekleidungsindustrie.

Die Rückgänge an Beschäftigten überstiegen die Zugänge um fast das Zweieinhalbfache; zum zweiten Mal in einem Jahr der Nachkriegszeit entließ die Industrie mehr Arbeitskräfte als sie einstellte.

Wie die Übersicht erkennen läßt, bewegten sich 1966 die Zugänge und Rückgänge insgesamt in den gleichen Größenordnungen wie im Jahre 1963, der „Talsohle“ des letzten Konjunkturzyklus. Bezeichnend ist indessen, daß diese Konstellation diesmal bereits ein Jahr nach dem letzten Kulminationsjahr (1965) erreicht wurde, während damals eine Zeitspanne von drei Jahren verstrich.

Am deutlichsten fand der überall erkennbare konjunkturelle Einbruch seinen Niederschlag in der Entwicklung des Beschäftigtenstandes der elektrotechnischen Industrie. Im Jahresdurchschnitt 1965 hatte dieser Industriezweig noch 40 400 Arbeitskräfte aufgenommen und damit vor dem Maschinenbau (mit + 38 400) an der Spitze der Beschäftigtenexpansion gestanden. Im vergangenen Jahr beschäftigte er dagegen im Jahresdurchschnitt 10 100 Personen weniger und gehörte damit zu den fünf Industriezweigen, die die Zahl ihrer Arbeitskräfte am stärksten reduzierten und die zusammen allein fast 70 vH aller Rückgänge bestritten (Kohlenbergbau, eisenschaffende Industrie, Stahlbau, Eisen-, Stahl- und Tempergießereien und Textilindustrie).

Bereits der Jahresvergleich läßt die negativen Auswirkungen des konjunkturellen Einbruchs auf die Beschäftigtenentwicklung erkennen; die kurzfristige Betrachtung zeigt die entstandenen Schwierigkeiten noch deutlicher.

²⁾ Vgl. hierzu das Schaubild im Wochenbericht Nr. 8/1965, das die entsprechenden Vorjahrsdaten bringt.

Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten war nach neuesten Informationen im Dezember des vergangenen Jahres um 3,4 vH niedriger als im Dezember des Jahres 1965. *Die industrielle Beschäftigtenzahl hat damit einen seit 1959 an keinem Jahresende unterbotenen Tiefstand erreicht!*

Nur noch vier Industrien melden zum Jahresende im Vergleich zum Vorjahr eine geringfügige Steigerung ihrer Beschäftigtenzahl.

Veränderungen des industriellen Beschäftigtenstandes Dezember 1966 gegenüber Dezember 1965 in vH

Eisenerzbergbau	— 13,7
Kohlenbergbau	— 11,4
Eisen-, Stahl- u. Tempergießereien ..	— 11,0
Stahlbau	— 9,2
Feinkeramische Industrie	— 8,1
Sägewerke u. holzbearb. Industrie ...	— 7,1
Industrie der Steine und Erden	— 6,4
Stahlverformung	— 6,3
Leder-Industrie	— 6,2
Tabakverarbeitende Industrie	— 5,9
Ziehereien u. Kaltwalzwerke	— 5,4
Eisenschaffende Industrie	— 5,3
Kautschuk u. Asbest verarb. Industrie	— 4,7
Textilindustrie	— 4,5
Zellstoff- und Papiererzeugung	— 4,4
Elektrotechnische Industrie	— 4,4
NE-Metallindustrie	— 4,3
Sonstiger Bergbau	— 3,3
Bekleidungsindustrie	— 3,1
Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie	— 3,0

EBM-Industrie	— 2,9
Schiffbau	— 2,7
Kali- und Steinsalzbergbau	— 2,7
Holzverarbeitende Industrie	— 2,2
Erdölgewinnung	— 2,0
Fahrzeugbau	— 1,8
Glasindustrie	— 1,4
Feinmech. u. optische Industrie	— 1,2
Mineralölverarbeitung	— 1,1
Ernährungsindustrie	— 1,0
Maschinenbau	— 1,0
Papier u. Pappe verarb. Industrie ..	— 0,7
Kunststoffverarbeitende Industrie	+ 0,9
Chemische Industrie	+ 1,0
Druckerei u. Vervielfältigungs-Ind. ..	+ 1,1
Luftfahrzeugbau	+ 10,0

Alle oben genannten Raten beziehen sich auf die Zahlen der insgesamt in den Industrien beschäftigten Personen. Dabei ist aber zu bedenken, daß bisher die Entlassungen fast ausschließlich Arbeiter betroffen haben. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Angestellten erreichte im Jahresdurchschnitt 1966 sogar einen neuen Höchststand. Seit Oktober 1966 hat sie sich allerdings nicht mehr weiter erhöht. Die Entwicklung der industriellen Beschäftigung in den ersten Wochen des neuen Jahres läßt sich noch nicht genau überblicken. Es hat jedoch den Anschein, daß trotz der sich ständig verringern den Auftragsbestände das Tempo der Entlassungen etwas reduziert wurde. Statt dessen sind viele Unternehmen zur Kurzarbeit übergegangen, offenbar, weil sie eine Besserung der Lage erhoffen und in Erwartung der oft angekündigten und inzwischen in Ansätzen erkennbaren konjunkturpolitischen Aktivität der Bundesregierung sofort einsetzbare Produktionsfaktoren verfügbar halten wollen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str. 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Dieter Mertens, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., Abt. Buchdruckerei, 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.